

Untersuchungsausschuss "NSU II/Rechtsextremismus" nimmt nach der Sommerpause die Arbeit wieder auf

18.09.2023



Symbolbild Untersuchungsausschuss © Landtag MV

Mit der Vernehmung einer Beamtin und eines Beamten des Bundeskriminalamts (BKA) startete der Parlamentarische Untersuchungsausschuss NSU II/Rechtsextremismus am 11. September 2023 mit seiner 35. Sitzung in die kommenden Sitzungswochen.

Die Beamtin und der Beamte, beide Mitglieder der damaligen BAO „TRIO“ des BKA, waren an den Ermittlungen zur sogenannten NSU/NSDAP-CD beteiligt, von der ein Exemplar unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern aufgefunden worden war. In der sich anschließenden Beratungssitzung befand der Ausschuss über einen Beweisantrag der FDP-Fraktion zur Vernehmung Beate Zschäpes, welcher abgelehnt wurde.

Vor der Sommerpause vernahm der Ausschuss in seiner 33. Sitzung einen ehemaligen Polizeibeamten, der als VP (Vertrauensperson)-Führer in der KPI-Rostock u. a. für die Informationsbeschaffung zuständig war, sowie eine Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern.

Zuvor ist in der 31. Ausschusssitzung ein Polizeibeamter des LKA Mecklenburg-Vorpommern zur

rechtsextremen Musikszene und zum Kameradschaftsbund Anklam vernommen worden. Weiterhin wurde ein ehemaliger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern befragt, der sich seinerzeit u. a. mit der Analyse von Fanzines beschäftigte.

Der Ausschuss setzt seine Arbeit am 2. Oktober 2023 mit der Vernehmung von zwei weiteren Mitarbeitenden des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern fort.